

## **SPERRFRIST:**

**1. Mai 2019, Redebeginn**

## **REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

### **Annelie Buntenbach**

Geschäftsführender Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**1. Mai 2019**

Chemnitz



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch ich möchte Euch ganz herzlich begrüßen – ich freue mich, dass Ihr da seid, dass so viele heute hier in Chemnitz und an vielen Orten in der Republik auf der Straße stehen, um für soziale Gerechtigkeit und starke Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu demonstrieren.

Darum geht es nämlich am 1. Mai, das ist der Tag der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften – und den lassen wir uns nicht streitig machen, nicht von organisierten Nazis, die das immer wieder versuchen und nicht von einer Partei wie der AfD, die im offenen Schulterschluss mit organisierten Nazis auf der Straße steht, wie wir es gerade hier in Chemnitz erleben mussten.

Der 1. Mai, das ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist unser Tag! Die haben uns ihre Nachbarschaft doch nicht deshalb aufgezwungen, weil sie sich für Arbeitnehmerinteressen interessieren – im Gegenteil! Sie missbrauchen unseren Tag für ihre Parteiinteressen, um für ihre rassistischen, geschichtsvergessenen und grundfalschen Parolen mehr Aufmerksamkeit zu bekommen, auf unsere Kosten. Das sind 1.-Mai-Trittbrettfahrer! Von denen lassen wir uns den 1. Mai nicht nehmen, das ist unser Kampftag für Solidarität und Arbeiterrechte – und wir sind mehr! Und das will ich jetzt auch einmal hören!

Dass wir unüberhörbar für mehr Gerechtigkeit in diesem Land streiten, dass wir diese Auseinandersetzung wie heute sichtbar für alle auf die Straße tragen, ist dringend nötig – in einem Land, wo der Reichtum einiger weniger wächst, während Kinder aus armen Familien ohne Chance bleiben, weil in Deutschland Armut und Ausgrenzung immer noch erblich sind. Das ist und bleibt ein Skandal, das muss sich endlich ändern! Wir haben nach wie vor trotz Mindestlohn, um den wir froh sind, den größten Niedriglohnbereich Westeuropas, hier klemmt jeder 5. fest. Oben sprudeln die Gewinne, oft wie bei Apple oder Amazon in Höhe von zig Milliarden an der Steuer vorbei, unten ist am Ende des Geldes immer zu viel Monat übrig.

Die Gewerkschaften werden nicht zusehen, wie sich Reiche immer weiter aus der Verantwortung stehlen, Arbeitgeber aus Tarifverträgen flüchten. Wir werden uns mit dieser Spaltung der Gesellschaft nicht abfinden. Alle sollen an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können – wir fordern soziale Gerechtigkeit! Und wir fordern gutes Geld für gute Arbeit! Da geht es um unser gutes Recht, nicht um ein paar Almosen – schließlich sind wir es, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Reichtum in diesem Land erwirtschaften!

Der Hebel, über den wir uns als Gewerkschaften den Anteil holen, der uns zusteht, sind die Tarifkämpfe – da haben wir gerade im letzten Jahr noch einmal richtig draufgelegt. Damit können wir uns sehen lassen! Ein herzliches Dankeschön, liebe Kolleginnen und Kollegen, an alle, die hier im Betrieb und auf der Straße gestanden haben! Aber leider kommen die guten Tarifabschlüsse immer weniger Menschen zugute. Der Teil der Arbeitswelt, in dem der Schutz von Tarifverträgen gilt, schmilzt wie der Eisberg in der Südsee – im Osten arbeiten nur noch 44% der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben, im Westen sind es immerhin noch fast 60%. Die Folge: im Osten liegen die Durchschnittslöhne ein Fünftel unter denen im Westen. Diese Kluft zwischen den Löhnen ist auch so eine Art Mauer. Auch diese Lohnmauer muss endlich weg!

Wir brauchen gute Löhne und den Schutz von Tarifverträgen für alle, im Osten wie im Westen – 30 Jahre nach der friedlichen Revolution kann es nicht mehr darum gehen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu versprechen, sondern es geht darum, sie endlich durchzusetzen! Jahrelang haben die Landesregierungen im Osten der Republik versucht, Unternehmen mit dem Standortvorteil "niedrige Löhne" anzulocken, auch deshalb ist der Niedriglohnbereich hier so irre groß. Wen wundert's, wenn gerade die Arbeitgeber kommen, die sich gar nicht erst an Tarifverträge halten wollen.

Dass Arbeitgeberverbände auch noch Mitgliedschaften ohne Tarifbindung zulassen, ist doch einfach absurd und ein Schlag ins Gesicht der sonst so viel beschworenen Sozialpartnerschaft! Die Arbeitgeber, aber auch die Landesregierungen müssen hier konsequent umsteuern in Richtung auf gute Arbeit und Schutz von Tarifverträgen für alle! Das geht ganz konkret und praktisch: keinen einzigen Euro Wirtschaftsförderung mehr für Unternehmen, die nicht an Tarife gebunden sind. Und: Ohne Tarifvertrag gibt es keinen öffentlichen Auftrag mehr.

Außerdem – da ist die Bundesregierung gefragt – muss es leichter werden, Tarifverträge für eine ganze Branche für allgemeinverbindlich zu erklären, damit endlich Schluss ist mit Unterbietung und Schmutzkonzurrenz! Das würde auch bei der Pflege helfen. Hier hat die Regierung inzwischen einiges auf den Weg gebracht, aber von einem Gesamtkonzept ist das noch meilenweit entfernt. Aber genau das ist nötig, sowohl zur Finanzierung – hier brauchen wir die Bürgerversicherung! – als auch für die Schritte, mit denen schnell die Arbeitsbedingungen in der Pflege so verbessert werden.

Der Druck auf die, die in der Pflege arbeiten, ist viel zu hoch – Arbeiten in der Pflege muss wieder attraktiv werden! Die heute-show hat vor einiger Zeit getwittert: "In der Pflege sind fast 40.000 Stellen unbesetzt. Jens Spahn will sich der Sache annehmen. Löblich, dann fehlen aber immer noch 39.999 Pflegekräfte." Ich glaube, das einzige, was hier wirklich gegen den Fachkräftemangel hilft, sind bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, ein ausreichender Personalschlüssel, damit frei auch frei heißt.

Dafür muss man streiten, schenken wird einem das keiner – aber dass es sich lohnt, sich in der Gewerkschaft zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen, das zeigen die Kolleginnen und Kollegen am Klinikum Chemnitz und bei Heim. Ihr habt die Löhne nach oben drücken können, auch wenn da oben noch mehr Platz ist, klar – und dass Ihr jetzt bei Heim vor dem Abschluss eines Tarifvertrags steht, das wäre vor ein paar Jahren noch undenkbar gewesen, Klasse, liebe Kolleginnen und Kollegen! Euch weiter viel Erfolg und einen langen Atem!

In der Pflege fehlen Tarifverträge, umso wichtiger ist ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für die ganze Branche. Und wir brauchen einen gesellschaftlichen Lernprozess, dass soziale Berufe einfach mehr wert sind! Wenn sich hier nicht schnell was ändert, sind die Fachkräfte weg – und neue kommen schon deshalb nicht, weil solche Nervensägen, wie die, die auf dem Platz nebenan pöbeln, so aggressiv und klimaschädlich sind. Die vertreiben die deutsche Zukunft! Gerade bei vielen jungen Kolleginnen und Kollegen zeigt der Kompass nach Westen – bei der jungen Altenpflegerin aus Zwickau, die in der Schweiz ihr Glück versuchen will oder bei dem jungen Schlosser aus Dresden, der gerade seine Ausbildung abgeschlossen hat. Der hat mir erzählt, im Westen würde er über 300 Euro mehr verdienen und auch sofort was finden. Und kürzere Arbeitszeiten hätte er dann außerdem.

Zur sozialen Einheit gehören auch gleiche Arbeitszeiten! Die Arbeitgeber blockieren zwar noch, aber die IG Metall macht Druck, damit die 35 Stunden, die im Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie stehen, endlich auch für den Osten gelten. Die 38 Stunden-Woche Ost gehört 30 Jahre nach der deutschen Einheit auf den Müllhaufen der Geschichte! Wie sehr das Thema Arbeitszeit den Menschen unter den Nägeln brennt, haben die letzten Tarifrunden gezeigt – z.B. bei der EVG, der IG BCE, und ganz vehement bei der IG Metall mit einem richtig guten Ergebnis.

Ja, Arbeitszeiten müssen zum Leben passen!

Das heißt eben nicht noch mehr Verfügbarkeit für den Arbeitgeber und dass die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit noch weiter schwimmt. Überlange Arbeitszeiten gehen auf die Gesundheit, das Unfallrisiko steigt dann rasant. Trotzdem drängen die Arbeitgeber schon lange darauf, das Arbeitszeitgesetz aufzumachen – sie wollen die Ruhezeiten durchlöchern, weg vom 8-Stunden-Tag als Grundlage, warum nicht auch 12, fragen sie. Sie klagen über zu viel Gleichschritt in der

Arbeitswelt. Dabei ist das Arbeitszeitgesetz heute schon ausgesprochen flexibel, das zeigt die Vielfalt von unterschiedlichsten Regelungen in Tarifverträgen. Da brauchen wir nicht noch mehr Verfügbarkeit, am Feierabend, am Wochenende, im Urlaub, nicht noch längere Arbeitszeiten, Überstunden, erst recht keine unbezahlten – das allein waren im vergangenen Jahr wieder fast eine Milliarde! Das überlastet die Menschen. Stattdessen brauchen wir mehr Arbeitszeitsouveränität, mehr Wahlmöglichkeiten, Infrastruktur für Vereinbarkeit und Rechtsansprüche – eben Arbeitszeiten, die man so gestalten kann, dass sie zum Leben passen!

Unsere Botschaft an die Arbeitgeber und an die Politik ist glasklar: Hände weg von den täglichen Höchstarbeits- und Ruhezeiten! Hände weg vom Arbeitszeitgesetz! Mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen treibt man kein Schindluder und da macht man auch keine Experimente. Die Arbeit muss – digital oder analog – so organisiert werden, dass die Ziele ständig erreichbar sind und nicht dauernd die Beschäftigten!

Anrede,

Auf die Lage und Dauer der Arbeitszeit Einfluss zu nehmen, und zwar nicht zu knapp, ist ein zentrales Arbeitnehmerrecht, für das Gewerkschaften kämpfen. Und da steht die AfD eindeutig auf der anderen Seite der Barrikade, trotz ihrer ganzen schmierigen Anmache als angebliche "Kleine-Leute-Partei". Zu den großen Vorbildern der AfD, mit der sie sich jetzt vor der Europawahl vor jede Kamera stellt, gehören bekanntlich neben Salvini und Le Pen Orban und Strache.

Die Orban-Partei hat in Ungarn ein Gesetz verabschiedet, gegen das die Gewerkschaften Sturm laufen und das sie "Sklavengesetz" nennen. Völlig zu recht. Die Höchstzahl der jährlichen Überstunden ist von 250 auf 400 erhöht worden. Zahlen muss die der Arbeitgeber erst in drei Jahren. Schwarz-blau in Österreich hat mit FPÖ-Vizekanzler Strache das getan, was hier die Arbeitgeber auch fordern: das Arbeitszeitgesetz aufgemacht für den 12 Stunden Arbeitstag, 60 Stunden die Woche. Die Beschäftigten werden immens unter Druck gesetzt, Tarifverträge ausgehebelt, Hartz IV-Vergleichbares soll eine gute Arbeitslosenversicherung ersetzen und und und...

So sehen sie aus, die besten Freunde der AfD, wenn sie denn einmal regieren, asozial bis auf die Knochen. Mit denen will sie Europa erobern – liebe Kolleginnen und Kollegen, dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Wir dürfen Europa nicht den Rechten überlassen!

Wir brauchen ein soziales Europa, in dem Arbeitnehmerrechte, Demokratie und Menschenwürde an erster Stelle stehen! Dieses Europa muss auf den Grundwerten der Humanität gebaut werden. Und die sind nicht vereinbar damit, zuzuschauen, wenn tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. Nötig sind langfristige Lösungen, die die Menschen in ihren Heimatländern unterstützen, fairer Handel in der Welt – da muss endlich mehr passieren als Sonntagsreden. Aber bis dahin kann man doch nicht einfach die Seenotrettung aussetzen, und auch noch diejenigen, die versuchen, Menschenleben zu retten, unter Anklage stellen. Und wenn Salvini noch soviel Öl ins Feuer gießt: Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Europa braucht eine Zukunft, aber eine mit menschlichem Antlitz!

Apple, Starbucks, Amazon, Ikea, Google und all die andern machen in Europa immense Gewinne, aber bei den Steuern: Fehlanzeige. Hier endlich das Geld einzutreiben, das der öffentlichen Hand, das uns allen zusteht, ist überfällig. Es wäre eine ausgesprochen hilfreiche Maßnahme gegen Politikverdrossenheit, wenn die EU hier mal in die Gänge käme.

Europa braucht eine Zukunft, aber nicht als Steueroase!

In der Fleischindustrie, in der Logistik, in der Paketbranche, an den Flughäfen, auf dem Bau – überall erleben wir in Europa dieselben mafiösen Praktiken.

Da werden Menschen, Arbeitsverträge, Firmensitze über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hin- und hergeschoben, bis keiner mehr weiß, wo genau die Löhne, die Steuern oder die Sozialversicherungsbeiträge auf der Strecke geblieben sind. Die Betrogenen sind am Ende immer die, die die Arbeit gemacht haben.

Ein Beispiel: im vergangenen Herbst sind 5 philippinische LKW-Fahrer in der Nähe von Dortmund gestrandet. Angeheuert worden waren sie auf den Philippinen von einem dänischen Unternehmen, das ihnen einen Job als LKW-Fahrer in Polen versprach.

Die polnische Filiale – eine Briefkastenfirma.

Für ihre Papiere wurden den Fahrern zwischen zwei und fünftausend Euro in Rechnung gestellt. Obwohl sie nie in Polen gewohnt haben, bekommen sie einen polnischen Arbeitsvertrag, mit dem sie europaweit eingesetzt werden. Sie fahren Touren zwischen Deutschland und Österreich und Italien, unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, schlafen in ihrer Fahrerkabine, der Mindestlohn wird unterschritten, die Lenkzeiten überschritten, und das über Monate und Monate. Raus aus dem Teufelskreis kommen sie nicht, weil ihre Schulden sie erpressbar machen. Das ist Ausbeutung pur, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne die Unterstützung von unseren DGB-Beratungsstellen Faire Mobilität hätten sie überhaupt keine Chance gehabt, auch nur einen Cent von dem Geld zu sehen, das ihnen zusteht. Und da soll ausgerechnet die Transport- und Logistikbranche von den mühsam durchgesetzten Verbesserungen bei der Entsenderichtlinie ausgenommen werden?

Das ist doch absurd!

Europa braucht eine Zukunft, nicht mit organisiertem Sozialdumping, sondern mit fairen Regeln! Darum muss es überall in Europa heißen, in den Betrieben, auf den Baustellen und auf den Straßen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

Anrede,

Europa muss sozialer werden, aber auch in Deutschland ist da noch viel Luft nach oben!

Wir, die Gewerkschaften, haben das Thema Rente, und zwar die Stärkung der gesetzlichen Rente oben auf die politische Tagesordnung gedrückt, und wir haben damit einiges erreicht: Das Rentenniveau ist erst einmal stabilisiert, zumindest bis 2025, und bei der Erwerbsminderung hat die Regierung weitere Verbesserungen beschlossen. Das reicht noch nicht, keine Frage – wir brauchen die langfristige Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus, weil klar ist, keiner kann privat den Löchern, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind, hinterher sparen! Aber ich bin sicher: Ohne unsere Kampagne wären wir nie so weit gekommen, jetzt müssen wir dran bleiben, da setze ich auf Eure Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer jahrzehntelang gearbeitet hat und in die Rentenversicherung einbezahlt hat, muss am Ende auch eine Rente bekommen, von der er oder sie in Würde leben kann! Das muss auch für diejenigen gelten, die ein niedriges Einkommen hatten, mal arbeitslos waren, die Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben!

Das fordern wir Gewerkschaften schon lange, deshalb bin ich froh, über den Grundrentenvorschlag, den Arbeitsminister Heil jetzt vorgelegt hat. Er will wenn nötig nach 35 Versicherungsjahren am Ende des Arbeitslebens die Rente hochwerten, damit es reicht. Das würde der Erzieherin genauso zugute kommen wie dem Alten- und Krankenpfleger oder der Friseurin. Gerade im Osten würde das greifen, hier hat sich der große Niedriglohnbereich in den vergangenen Jahren am tiefsten in die Biographien gefräst.

Diese Grundrente würde rund drei Millionen Menschen, zum allergrößten Teil Frauen, aus der Altersarmut bringen, und zwar ohne dass sie am Ende eines langen Arbeitslebens den beschämenden Gang zum Amt antreten müssten. Die Grundrente soll für die gelten, die neu in Rente gehen, aber auch für die, die schon Rente beziehen. Endlich mal ein ganz praktischer Schritt zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt, der unsere Unterstützung verdient hat!

Anrede,

Um die gesetzliche Rente zu stärken, brauchen wir auch langfristig die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus – und was wir ganz bestimmt nicht brauchen, ist eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Das ist kein Ausweg, wie Spahn, Börsch-Supan u.a. nicht müde werden zu behaupten, sondern ein völliger Holzweg. Das würde nur bedeuten, dass noch mehr Menschen in die größer werdende Lücke zwischen dem Ende der Arbeit und dem Anfang der Rente fallen würden und auf den letzten Metern gezwungen sind, ihre Lebensleistung zu entwerten. Wer länger arbeiten will und kann, kein Problem – aber viele, die hart schufteten, können es doch heute schon nicht schaffen bis zur 65 oder gar zur 67, der Schichtarbeiter, die Altenpflegerin, der Maurer, die Erzieherin. Für die ist eine Anhebung des Renteneintrittsalters nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung, das geht gar nicht!

Wer heute als Kreuzritter der Generationengerechtigkeit die Rente weiter zusammenstreichen und das Renteneintrittsalter raufsetzen will, erweist der jungen Generation einen Bärendienst – sie bekommen weniger Rente, müssen länger arbeiten und Unmengen den privaten Versicherungen hinterherwerfen, in der Hoffnung, dass sie davon im Alter auch was rauskriegen und die Börse nicht gecrasht hat. Unsere Vorschläge für eine gute Rente gibt es nicht umsonst, dafür brauchen wir einen klugen Mix aus Beiträgen und Steuermitteln, aber dann hat die junge Generation für das, was sie einzahlt, später auch eine gute Rente. So verstehe ich Generationengerechtigkeit!

Wir brauchen soziale Gerechtigkeit, aber auch Humanität, Menschenwürde als Grundlage unseres Zusammenlebens. Dafür engagieren sich viele in unserer Republik, darüber bin ich sehr froh. Nicht jede und jeder, der sich z.B. dafür stark macht, jungen Geflüchteten eine Perspektive zu eröffnen, einen Weg in Ausbildung, steht dabei im Rampenlicht, auch hier in Chemnitz – aber heute habe ich die Gelegenheit, all denen, die sich für Integration, Zusammenleben in Vielfalt und Respekt füreinander einsetzen, meinen ganz herzlichen Dank zu sagen!

Wir brauchen demokratische Einmischung, im Betrieb, in der ganzen Gesellschaft – wir werden nicht denen das Feld zu überlassen, die wie die AfD diese Gesellschaft spalten, Rassismus schüren und auf der Straße, wie hier in Chemnitz geschehen, den offenen Schulterschluss mit organisierten Nazis demonstrieren. Die Kollegen von Opel Eisenach haben uns im vergangenen Frühjahr gezeigt, wie es geht: Da ist es Höcke gründlich misslungen, mit einigen Getreuen die Empörung der Arbeitnehmer für sich zu kapern. Die Kollegen haben ihn und sein Gefolge sehr schnell gemeinsam aus der Demonstration wieder herausgedrängt. Klasse Aktion!

Wenn offener Nationalsozialismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, dann muss auch unser Widerstand da ankommen. Dafür stehen alle Demokratinnen und Demokraten in der Verantwortung, auch diejenigen, die zum konservativen Spektrum gehören. Gerade von ihnen brauchen wir ein klares Bekenntnis zu demokratischen Werten, zu Weltoffenheit und Menschenwürde. Das werden wir als Gewerkschaften einfordern, und zwar von jedem, bei jeder Veranstaltung vor der Landtagswahl. Das heißt dann auch: keine Zusammenarbeit mit der AfD und schon gar keine gemeinsame Regierung!



Die AfD ist eine Partei, deren Vorsitzender die Zeit des Nationalsozialismus für einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte hält, die mit Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten nichts, aber auch gar nichts am Hut hat, die den Klimawandel für einen Fake hält, dem sozialen Europa eine Abfuhr erteilt und das Brexit-Chaos für ein Vorbild für Deutschland hält – eine solche Partei ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wählbar! Wir werden nicht zulassen, dass sie sich über ihr blaues und braunes Hemd auch noch ein soziales Mäntelchen hängen. Dass die AfD keine Perspektiven für diejenigen eröffnet, die von sozialem Abstieg bedroht sind oder sich davor fürchten, darauf werden wir mit Nachdruck hinweisen. Das hatten wir schon einmal in der deutschen Geschichte. Auch die Nationalsozialisten haben soziale Versprechen gemacht und nicht eingehalten. Stattdessen wurden die Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften zerschlagen.

Viele Gewerkschafter, die sich im Betrieb für ihre Kollegen eingesetzt hatten, wurden verfolgt und in den KZs ermordet. Am Ende stand eine beispiellose Rechtlosigkeit der Beschäftigten. Sie konnten nicht einmal ohne Genehmigung ihrer Fabrikherren die Arbeitsstelle wechseln.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen für die Selbstorganisation, für freie Arbeitnehmervertretungen, für klare Rechte und Gerechtigkeit im Arbeitsleben. Und wir werden nur dann etwas erreichen, wenn wir alle solidarisch zusammen stehen – egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

Nur so können wir bessere Löhne und Tarifbedingungen erkämpfen.

Nur so können wir für soziale Absicherungen streiten und eine Rente, die zum Leben reicht.

Nur so können wir endlich eine Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West erreichen.

Wir werden uns nicht spalten lassen. Darum treten wir der gesellschaftlichen Spaltung durch Rassismus und Rechtspopulismus mit klarer Haltung von Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich uns viele Freundinnen und Freunde, gute Nerven und viel Erfolg!